



20.3140

Motion WAK-N.**RTVG-Abgabe.****Abschaffung der Mehrfachbesteuerung
von Arbeitsgemeinschaften****Motion CER-N.****Redevance LRTV.****Suppression de la double imposition
des communautés de travail***Ordnungsantrag – Motion d'ordre*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.20

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.05.20 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)

Ordnungsantrag der Kommission

Verschieben des Geschäftes auf die Sommersession 2020

Motion d'ordre de la commission

Reporter l'objet à la session d'été 2020

Engler Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Diese erste, durch den Nationalrat angenommene Motion betrifft die Radio- und Fernsehgebühren, und zwar das spezielle Thema der Arbeitsgemeinschaften, die einer Mehrfachbesteuerung ausgesetzt sind. Das Thema ist nicht neu, es wurde durch eine parlamentarische Initiative unseres Kollegen Wicki angestossen. Die Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen beider Räte haben diese parlamentarische Initiative in der ersten Phase angenommen und damit auch den Handlungsbedarf anerkannt. Als federführende Kommission in diesem Geschäft hat unsere KVF auch bereits inhaltlich die Vorkehrungen dafür getroffen, dass die entsprechende gesetzliche Grundlage rasch angepasst werden kann. Wir werden also bereits in der Sitzung vom 15. Mai das Medienförderpaket des Bundesrates behandeln und unter anderem auch die Frage aufwerfen, inwieweit das RTVG bezüglich der Abgaben für Arbeitsgemeinschaften und einfache Gesellschaften bzw. generell angepasst werden muss. Das ist auch der Grund, weshalb Ihnen die Kommission heute empfiehlt, von einer schnellen Lösung im Notrechtsverfahren abzusehen und den ordentlichen Gesetzgebungsweg abzuwarten. Wir können Ihnen in Aussicht stellen, dass wir bereits in der Sommersession mit einer gesetzlichen Grundlage in den Rat kommen werden, die aller Voraussicht nach die Entlastung der Arbeitsgemeinschaften von einer Mehrfachbesteuerung in diesem Bereich vorsehen wird.

Es gibt auch verschiedene praktische Gründe, auf die der Bundesrat in seiner Antwort stichwortartig hingewiesen hat; Gründe, weshalb die Motion entweder abzulehnen oder das Geschäft aufzuschieben ist. Es würde zu einem immensen administrativen Aufwand führen, würde man die schon verschickten und bezahlten Rechnungen in diesem Bereich rückvergüten müssen. Es geht aber auch summenmässig um eine verhältnismässig bescheidene Zahl, sprich bei 1250 Arbeitsgemeinschaften um eine Summe von 1,2 Millionen Franken. So gesehen, stellt sich jetzt auch die Frage der Verhältnismässigkeit von Notrecht in diesem Bereich.

Im Namen der ganzen Kommission beantrage ich, das Geschäft auf die Sommersession zu verschieben. So behält das Parlament die Hoheit über das Geschäft. Aller Voraussicht nach werden wir Ihnen bereits im Juni eine gesetzliche Grundlage unterbreiten können, die dieses Problem löst.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Frau Bundespräsidentin, möchten Sie sich zu diesem Ordnungsantrag äussern?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Der Bundesrat äussert sich ja nicht zu Ordnungsanträgen. Aber



ich kann Ihnen sagen, dass es genau der Überlegung des Bundesrates entspricht, hier, in einem Bereich, in dem bereits Arbeiten aufgegleist sind, nun nicht im Notrecht zu legislieren. Die entsprechende Gesetzesvorlage, in welche Sie das aufnehmen können, liegt vor. Damit ist eine sehr beförderliche Behandlung möglich und auch unumstritten.

In diesem Sinne begrüsse ich den Entscheid Ihrer Kommission.

Angenommen gemäss Ordnungsantrag der Kommission

Adopté selon la motion d'ordre de la commission